



## **Wahlprogramm**

### **Wahl zum Stadtrat am 26. Mai 2019**

Wir geben den Bürgerinteressen den Vorrang vor allen anderen Interessen. Unsere Richtschnur ist der Grundsatz der Gerechtigkeit und die Frage "Was nützt es den Bürgern?" Nur wenn diese Frage konkret und eindeutig im Sinne der Bürger beantwortet werden kann, haben die Beschlüsse im Stadtrat und in den Ausschüssen eine Legitimation. Wir treten auch der Selbstbedienung der Parteien bei der Besetzung von Posten in der Verwaltung entschieden entgegen. Wir halten nichts von Sonntagsreden. Für uns zählen allein die Taten.



### **Mehr Transparenz in der Stadtpolitik**

Wir vermissen und fordern Transparenz für die Bürger bei Entscheidungen in der Stadtpolitik und in der Verwaltung. Die Kungelei in den Hinterzimmern muss ein Ende haben. Ganz aktuell ist folgendes

Beispiel: die Oberbürgermeisterin verweigert den Stadträten und Bürgern das Recht, in den umfangreichen Prüfbericht des Landesrechnungshofes über die gemeinnützige städtische Wohnungsbaugesellschaft (GEWOBAU) Einsicht zu nehmen.

Die BüFEP wendet sich dagegen, dass sich ständig Steuern, Müll- und Straßenreinigungsgebühren, Strom-, Gas- und Wasserpreise auf Kosten der kleinen Leute erhöhen, während die Stadt gleichzeitig Millionen in teure Luxusbauten wie das Bäderhaus steckt. Am Beispiel der Stadtwerke wird das besonders deutlich, wo wir die einzige Kontrollinstanz sind. Der Stadtrat kümmert sich nicht darum. Die Aufsichtsräte der städtischen Gesellschaften tagen hinter verschlossenen Türen und lassen sich nicht in die Karten schauen. Wir wollen, dass sich die Aufsichtsräte für ihr Handeln gegenüber den Bürgern rechtfertigen müssen.

### **Rekommunalisierung der Stadtwerke**

Die Preispolitik der Stadtwerke wird von den Interessen der beteiligten Konzerne RWE und Enovos bestimmt und ist deshalb ausschließlich renditeorientiert ausgerichtet. Die Konzerne erwarten hohe Renditen. Dadurch bleibt die soziale Verträglichkeit auf der Strecke. Dazu folgendes Beispiel: Kunden werden grundsätzlich erst einmal in den teuren Grundversorgungstarif eingestuft. Hier stecken nämlich die höchsten Gewinnanteile drin. Nur wer selbst bei den Stadtwerken vorstellig wird, bekommt einen günstigeren Sondertarif.



Die BüFEP fordert dagegen ein bürgerorientiertes Geschäftsgebaren. Die Stadtwerke müssen ihre Kunden von sich aus in den preisgünstigsten Tarif einstufen. Deshalb fordert die BüFEP die Rekommunalisierung der Stadtwerke.

## Sozialverträgliche Tarife bei Strom, Gas und Wasser

Strom, Wärme und Wasser sind für alle Menschen lebensnotwendig. Wer das ausnutzt und überhöhte Preise verlangt, bringt Mitbürger mit geringem Einkommen in existenzielle Bedrängnis.



Das darf bei unseren Stadtwerken aber nicht sein, denn ein mehrheitlich städtisches Unternehmen muss auch die sozialen Folgen beachten.

Deshalb fordert die BüFEP einen Sozialtarif für Menschen, die von Sozialhilfe, Grundsicherung oder einer kleinen Rente leben müssen. Da die Stadtwerke eine Mitschuld an der auch bei uns zunehmenden Energiearmut haben, ist es berechtigt, sie in die Pflicht zu nehmen. Die konkrete Ausgestaltung

eines Sozialtarifes ist mit den Sozialverbänden abzusprechen.

## Quersubventionierung der Luxussauna ist sozial ungerecht

Jedes Jahr werden die Verluste in Höhe von rund zwei Millionen Euro, die von der Luxussauna Bäderhaus und den Crucenithermen verursacht werden, auf die Strom-, Gas- und Wasserpreise der Stadtwerke aufgeschlagen. Betroffen sind zwar alle Kunden, ganz besonders jedoch die Kunden, die in den teuren Grundversorgungstarifen stecken, also überwiegend Mitbürger mit geringem Einkommen. Die Gewinnspanne ist hier doppelt bis dreimal so hoch wie in den Sondertarifen. Es ist hochgradig unsozial, bei Strom, Gas und Wasser gewinnbringende Preise zu verlangen, nicht jedoch bei der Luxussauna und den Wellnessbädern. Die BüFEP fordert, dass sich die defizitären Luxus- und Wellnessbäder künftig selbst tragen müssen; auch eine Privatisierung der Luxusbäder kommt in Betracht.

## Weiter Handlungsbedarf bei den städtischen Finanzen

Die Finanzlage der Stadt ist desolat. Der Abbau der Schuldenlast hat deshalb für die BüFEP eine hohe Priorität. Wir dürfen nicht weiter auf Kosten unserer Kinder und Enkel leben. Zu den großen Verlustbringern gehören insbesondere die städtischen Gesellschaften. Leider fehlt es bei den Verantwortlichen an der Bereitschaft zu mehr Offenheit und es gibt keine Transparenz bei den Entscheidungen über Investitionen, Kosten und Finanzierungen. Hier findet Politik in Hinterzimmern statt. Das will



die BüFEP ändern. Wir verlangen, dass die Stadt teure Vorhaben ausführlich öffentlich erklärt und begründet. Vor allem haben die Bürger ein Recht, vorab und eingehend über die Frage informiert zu werden, wie hoch die Folgekosten ausfallen und wer die finanziellen Belastungen zu tragen hat. In besonders wichtigen Fällen sollten die Bürger sogar befragt werden und per Abstimmung selbst darüber entscheiden können.



## Den Sozialen Wohnungsbau stärken

In Bad Kreuznach fehlen vor allem preiswerte, bezahlbare Wohnungen. Dieser Mangel belastet insbesondere Hilfeempfänger, Kleinrentner und Geringverdienende. Die BüFEP sieht es als wichtige kommunale Aufgabe an, dass die Stadt zusammen mit der gemeinnützigen städtischen Wohnungsbaugesellschaft (Gewobau) einfache Wohnungen zur Verfügung stellt. Alte Wohnungen sollen von der Stadt bzw. der Gewobau übernommen und mittels einer zweckmäßigen Renovierung bewohnbar gemacht werden.

Der Immobilienmarkt boomt auch in Bad Kreuznach. Die Investoren stehen Schlange, wollen hochpreisige Wohnungen bauen und mit hohem Gewinn verkaufen. Die Stadt hat die Chance vertan, auch von Investoren den Bau von bezahlbarem Wohnraum in den neuen Baugebieten zu verlangen. Die vom Stadtrat beschlossene Vorgabe von 20% preisgünstigem Wohnraum ist viel zu niedrig. Die BüFEP hält einen Anteil von mindestens 35% für angemessen und zumutbar.

## Vernünftiges Verkehrskonzept

Die Stadt braucht endlich ein vernünftiges Verkehrskonzept, das die Interessen aller motorisierten und nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt und angemessen berücksichtigt. Die Verkehrspolitik der Stadt bevorzugt nach wie vor den PkV-Verkehr. Der zwingend notwendige Ausbau der Rad- und Fußwege sowie des öffentlichen Nahverkehrs kommt deshalb kaum voran.



**Bürgerinteressen haben Vorrang.  
Das ist für uns die Richtschnur im Stadtrat.**

**Wilhelm Zimmerlin**  
Diplom-Agraringenieur



„Was nützen Beschlüsse den Bürgern tatsächlich? Diese Frage und mehr Transparenz bei den Entscheidungsprozessen sollten für jeden Stadtrat das Maß sein.“

**Reinhard Nühlen**  
Selbständiger Handelsvertreter



„Die Finanzen der Stadt sind marode. Wir wehren uns gegen ständig steigende Steuern und Abgaben. Sparsames Wirtschaften ist das Gebot der Stunde“

**Gerd Cremer**  
Diplom-Elektroingenieur



„Die Stadtwerke machen überhöhte Profite. Wir wollen eine bürgernahe Geschäftspolitik und sozialverträgliche Strom-, Gas- und Wassertarife.“

**Rolf Bühring**  
Logistik-Kaufmann



„Die Stadtwerke sind von den beteiligten Konzernen RWE und Enovos fremdbestimmt. Wir setzen uns deshalb für die Rekommunalisierung ein.“

**Hans Oehler**  
Dipl. Sozialarbeiter (FH)



„Preiswerter Wohnraum ist auch hier Mangelware. Wir wollen Investoren mit einer Quote von 35% für den Sozialen Wohnungsbau in die Pflicht nehmen.“

**Dr. Gerald Kroisandt**  
Mathematiker



„Die Stadt braucht endlich ein Verkehrskonzept, das die Interessen aller Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt berücksichtigt.“

**Wahl zum Stadtrat am 26. Mai  
Ihre Stimme zählt**

**BüFEP**



**Bündnis für soziale Energiepreise und gerechte Politik e.V.**